



Patrick Zahnbrecher

Werkstorprinzip in der gesetzlichen Unfallversicherung?

Eine kritische Betrachtung
des Versicherungsfalls Wegeunfall

Inhaltsverzeichnis

Einführung.....	17
A. Die Regelung des § 8 Abs. 2 Nr. 1 - 4 SGB VII	21
I. Begriffe und Abgrenzungen.....	21
1. Einordnung des Wegeunfalls.....	21
2. Abgrenzung zum Betriebsweg.....	23
3. Beschränkung der Haftung der Unternehmer	23
4. Echte und unechte Unfallversicherung	24
II. Historische Entwicklung der Versicherung des Wegeunfalls	25
1. Erste Diskussionen um die Einführung des Wegeunfalls.....	25
2. Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes	26
3. Überführung der Unfallversicherung in die RVO.....	29
4. Einführung des Wegeunfalls im Jahr 1925	30
5. Einschränkungen der gesetzlichen Regelung seit der Einführung des Wegeunfalls bis zum Ende des Dritten Reichs.....	32
6. Änderungen des Wegeunfalls während des Dritten Reichs	33
7. Erweiterungen des Versicherungsschutzes in der Folgezeit.....	36
8. Erneute Diskussionen um die Existenz des Wegeunfalls.....	38
III. Zahlen und Kosten für Wegeunfälle	39
IV. Allgemeine Voraussetzungen.....	40
V. Weg nach und von dem Ort der Tätigkeit	42
1. Grenzpunkte des versicherten Weges.....	42
a) Beginn und Ende des Weges am Ort der Tätigkeit.....	42
b) Beginn und Ende des Weges am häuslichen Wirkungskreis.....	43
aa) Allgemeines.....	43
bb) Sonderfälle	44
cc) Wohnung und Arbeitsstätte im selben Gebäude	47
c) Sonstige Endpunkte des Weges	48
aa) Dritter Ort.....	48
bb) Abgrenzung zum Zwischenort	50
cc) Wegeunterbrechung.....	51

(1) Rechtlich erhebliche Wegeunterbrechung – Änderung der Rechtsprechung des BSG mit Urteil vom 09.12.2003	52
(2) Geringfügige Unterbrechung.....	55
2. Wahl der Wegstrecke	56
3. Wegeabweichungen.....	57
a) Umweg.....	57
b) Abweg	60
4. Mehrere Wege je Tag.....	62
a) Mehrere Schichten je Tag.....	63
b) Umkehr auf dem Weg.....	63
c) Eingeschobene Wege	65
5. Art des Zurücklegens des Weges.....	69
a) Wahl des Verkehrsmittels.....	69
b) Werkverkehr	70
6. Konkurrierende Ursachen	71
a) Alkohol	71
aa) Leistungsausfall	72
bb) Leistungsabfall.....	73
(1) Absolute Fahruntüchtigkeit.....	74
(2) Relative Fahruntüchtigkeit	76
cc) Betriebsbedingter Alkoholgenuss.....	77
dd) Krankheitsbedingter Alkoholgenuss	78
ee) Versicherungsschutz des Beifahrers	78
b) Drogen und Medikamente.....	79
aa) Drogenkonsum.....	79
bb) Medikamenteneinnahme	80
c) Übermüdung	81
d) Unfälle aus innerer Ursache.....	82
e) Selbstgeschaffene Gefahr	83
f) Verurteilung wegen Gefährdung des Straßenverkehrs	84
g) Selbsttötung.....	85
h) Überfälle.....	85
7. Ergänzende Tätigkeiten	86
a) Vorbereitende Tätigkeiten.....	87
b) Tanken und Reparaturarbeiten	88
c) Sicherungsmaßnahmen und Regulierungsgespräche nach einem Unfall	89
d) Tätigkeiten während der Wartezeit.....	90
e) Gemischte Tätigkeiten	91

VI. Abweichende Wege zur Unterbringung von Kindern	92
1. Kinder von Versicherten	92
2. Fremder Obhut anvertrauen.....	93
3. Berufliche Tätigkeit des Versicherten, Ehegatten oder Lebenspartners.....	94
4. Rechtsfolge	95
5. Analoge Anwendung der Norm.....	96
a) Wege der Aufsichtsperson	96
b) Anwendbarkeit auf Betriebswege.....	96
VII. Fahrgemeinschaften.....	97
1. Berufstätige oder Versicherte	97
2. Fahrgemeinschaft.....	98
3. Rechtsfolge	99
VIII. Abweichende Wege von Kindern.....	101
IX. Familienheimfahrten	102
1. Versicherte	103
2. Familienwohnung	103
a) Allgemeine Voraussetzungen.....	103
b) Familienwohnung bei verschiedenen Personengruppen.....	105
aa) Verheiratete	105
bb) Ledige	105
cc) Gastarbeiter	106
3. Unterkunft	106
4. Rechtsfolge	107
X. Zusammenfassung und Stellungnahme	109
 B. Sozialpolitische Reformdiskussion	 113
I. Folgerungen aus der historischen Entwicklung.....	113
1. Zusammenfassung der historischen Entwicklung.....	113
2. Rechtspolitische Aspekte	114
II. Gründe gegen die Einbeziehung der Wegeunfälle in die gesetzliche Unfallversicherung.....	116
1. Auslegungs- und Abgrenzungsprobleme.....	116
2. Unmöglichkeit der Prävention.....	117
3. Sinn und Zweck der Unfallversicherung	118
4. Eigenwirtschaftliche Tätigkeit – kein Betriebszusammenhang.....	120
5. Weitere Argumente.....	122
III. Gründe für die Einbeziehung der Wegeunfälle in die gesetzliche Unfallversicherung.....	122

1. Entwicklung der Gesetzgebung.....	122
2. Prävention von Wegeunfällen	123
3. Betriebsbezogenheit.....	125
4. Soziales Schutzprinzip	127
5. Weitere Argumente.....	129
IV. Abwägung und Schlussfolgerung.....	129
1. Abwägung der Argumente.....	130
2. Zuweisung des Wegeunfallrisikos.....	131
 C. Das Werkstorprinzip im Steuerrecht.....	 133
I. Einführung	133
1. Wesen des Einkommensteuerrechts	133
2. Nettoprinzip.....	134
3. Werbungskosten.....	136
4. Zusammenfassung	136
II. Historische Entwicklung der Entfernungspauschale.....	137
1. Rechtsprechung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts in Staatssteuersachen	137
2. Einführung der Abzugsfähigkeit von Fahrtkosten im Jahr 1920	138
3. Änderungen durch Gesetz zur Neuordnung von Steuern 1954.....	139
4. Neufassung durch Steueränderungsgesetz 1966.....	140
5. Änderungen in der Folgezeit	141
6. Einführung einer Entfernungspauschale im Jahr 2001.....	142
7. Abschaffung und Wiedereinführung der Entfernungspauschale.....	143
8. Änderungen ab VZ 2014.....	144
9. Zusammenfassung	144
III. Die Regelung des § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 EStG.....	145
1. Regelung bis VZ 2013.....	145
2. Regelung ab VZ 2014.....	147
IV. Das Werkstorprinzip und dessen Verfassungswidrigkeit	149
1. Einführung des Werkstorprinzips	149
2. Reaktionen in Literatur und Rechtsprechung	150
a) Vergleich mit ausländischen Regelungen.....	150
b) Diskussion der Verfassungsmäßigkeit.....	151
aa) Objektives Nettoprinzip	151
bb) Subjektives Nettoprinzip	156
cc) Gebot der Folgerichtigkeit	157

dd) Sachliche Rechtfertigung	158
ee) Sonstiges Verfassungsrecht	159
c) Zusammenfassung	161
3. Urteil des BVerfG	161
a) Äußerung der Bundesregierung	161
b) Urteilsbegründung	162
aa) Veranlassungsprinzip	162
bb) Keine sachlichen Gründe	163
cc) Gemischte Aufwendungen	163
dd) Gebot der Folgerichtigkeit	164
ee) Zusammenfassung	164
c) Anmerkung	165
4. Wiedereinführung der Entfernungspauschale	165
V. Exkurs: Absetzbarkeit von Unfallkosten	166
1. Einführung	166
2. Aktuelle Rechtslage	167
a) Berufliche Veranlassung	167
b) Unfallschaden	168

D. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer Reform der Regelung des Wegeunfalls

I. Verfassungsrechtliche Bewertung der aktuellen Regelung	171
1. Fremdlasten in der Sozialversicherung	172
a) Begriff der Fremdlasten	172
b) Beispiele für Fremdlasten	175
aa) Ausweitung des Kreises der Berechtigten	175
bb) Ausdehnung des Leistungsspektrums	175
cc) Ausgleich zwischen Sozialversicherungsträgern	176
c) Verfassungsmäßigkeit von Fremdlasten im Allgemeinen	176
aa) Gesetzgebungskompetenz	176
bb) Grundrechtseingriff und Legitimation	177
2. Rechtfertigung der Fremdlasten im Allgemeinen	178
a) Versicherungsprinzip	178
b) Solidarprinzip	179
c) Schlussfolgerung	183
3. Verfassungsmäßigkeit der Einbeziehung des Wegeunfalls	185
a) Wegeunfall als Fremdlast?	185
b) Rechtfertigung	186
c) Ergebnis	189

4. Exkurs: Verfassungsmäßigkeit des Arbeitgeberanteils in der Pflegeversicherung	189
5. Zusammenfassung	191
II. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer Reform	192
1. Vergleich der Regelung des Wegeunfalls mit der Entfernungspauschale	192
a) Vergleich in Literatur, Rechtsprechung und Politik	193
b) Eigener Vergleich	194
aa) Historische Entwicklung	194
bb) Politische Bewertung	195
cc) Aufgaben des jeweiligen Rechtsgebiets	195
dd) Sinn und Zweck der jeweiligen Regelung	196
ee) Voraussetzungen der jeweiligen Regelungen	198
ff) Zusammenfassung	199
c) Folgerungen für die Regelung des Wegeunfalls	200
2. Vergleich der Regelung des Wegeunfalls mit der Absetzbarkeit von Unfallkosten	200
a) Sinn und Zweck der jeweiligen Regelung	200
b) Voraussetzungen der jeweiligen Regelung	201
aa) Innerer Zusammenhang – Veranlassung	201
bb) Familienheimfahrten und Fahrgemeinschaften	203
cc) Dritter Ort	203
dd) Wege in der Mittagspause	204
ee) Fahren unter Alkoholeinfluss	204
ff) Verstoß gegen Verkehrsvorschriften	205
gg) Tanken	205
hh) Abweichende Wege zur Unterbringung von Kindern	206
ii) Zusammenfassung	207
c) Rechtsfolgen der jeweiligen Regelung	208
d) Zusammenfassung	209
e) Folgerungen für die Regelung des Wegeunfalls	209
3. Konsequenzen der Verfassungswidrigkeit des Werkstorprinzips für die verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer Reform des Wegeunfalls	209
4. Zusammenfassung	213
E. Zusammenfassung und Ausblick	215
I. Zusammenfassung der Ergebnisse	215

II. Reformmöglichkeiten.....	216
1. Vorschläge in der Literatur	217
a) Ausgliederung der Wegeunfälle	217
b) Beitragsrechtliche Lösung innerhalb der gesetzlichen Unfallversicherung.....	217
c) Anpassung des § 8 Abs. 2 Nr. 1 - 4 SGB VII.....	218
d) Privatversicherungsrechtliche Lösung.....	218
e) Sonstige Lösungsvorschläge	218
2. Regelungen in anderen Ländern.....	219
a) Keine Versicherung des Wegeunfalls	219
b) Beitragspflicht des Unternehmers	219
c) Beitragspflicht des Arbeitnehmers.....	219
d) Einschränkung des Versicherungsschutzes.....	220
3. Bewertung der aufgezeigten Ausgestaltungsmöglichkeiten	220
a) Anforderungen an einen Reformvorschlag.....	220
b) Bewertung der Reformmöglichkeiten.....	221
c) Zusammenfassung	223
4. Eigener Reformvorschlag.....	223
III. Ausblick.....	224
Literaturverzeichnis.....	225